A-09-257 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 256 bis 258 einfügen:
Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Ebenso unverhandelbar sind für uns das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen sowie unser klares Bekenntnis zum Völkerrecht und zu einer regelbasierten internationalen Ordnung. Unser Einsatz für diese Prinzipien muss auch im Nahen Osten erkennbar und wirksam sein – nur dann bleibt unser Eintreten für eine regelbasierte Weltordnung glaubwürdig. Ob Europa künftig eine konstruktive und wirksame Rolle in einem Friedensprozess einnehmen kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob wir diesem Anspruch gerecht werden.

Begründung

Ziel dieses Antrags ist es, den Einleitungsteil ausgewogener zu formulieren. Ebenso wie das Existenzrecht Israels, sind für uns Grüne das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen und die Charta der Vereinten Nationen, Grundpfeiler politischen Handelns. Das ist auch das, was uns mit vielen international Partner*innen eint und es uns so ermöglicht, Einfluß auf das Konfliktgeschehen vor Ort zu nehmen. Deswegen werden diese drei Aspekte hier in einen Sinnzusammenhang zu Anfang des Nahost-Teils zusammen gezogen, quasi als Klammer vor dem Rest der detaillierten Ausführungen.

Im Text des BuVo stehen die beiden anderen Aspekte deutlich später und weniger klar ausformuliert. Dieser Absatz müsste dann gestrichen werden, das ließ sich im Tool nicht umsetzen: "Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die Verantwortung für das Völkerrecht, die Würde jedes Menschen und die allgemeinen Menschenrechte. Nur wenn Deutschland und die EU sich auch im Nahen Osten nachdrücklich für sie einsetzen, wird unser weltweites Bemühen um eine regelbasierte internationale Ordnung glaubwürdig sein. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt."

weitere Antragsteller*innen

Luise Amtsberg (KV Kiel); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Alexandra Geese (KV Bonn); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Peter Heilrath (KV München); Jamila Schäfer (KV München); Max Lucks (KV Bochum); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jörg Haas (KV Berlin-Kreisfrei); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Sina Müller (KV Berlin-Lichtenberg); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Kassem Taher Saleh (KV Dresden); Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg); Henry James Heinrich (KV Vorpommern-Greifswald); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.